



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

16/2022 vom 02.09.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	3
Verkehr.....	4
Energie.....	4
Digital.....	5
Forschung.....	6
Finanzen.....	7
Soziales.....	8
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	8
Umwelt.....	11
Landwirtschaft.....	12
Justiz.....	13
Inneres.....	14
Information, Kommunikation und Medien.....	17
Veranstaltungen.....	18
Vorschau.....	19

### **Kommission; Einigung zwischen Serbien und Kosovo über Einreiseregeln**

Der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, begrüßte am 29.08.2022, dass man eine europäische Lösung gefunden habe, den Reiseverkehr zwischen Kosovo und Serbien zu erleichtern. Dies liege im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger des Kosovo und Serbiens. Nach mehreren Treffen in Brüssel und intensiven Bemühungen in Pristina und Belgrad haben sich der serbische Präsident Aleksandar Vučić und der Ministerpräsident des Kosovo, Albin Kurti, über die Einreiseregeln geeinigt. Borrell betonte weiter, durch den von der EU geförderten Dialog habe sich Serbien bereit erklärt, die Ein-/Ausreisedokumente für Inhaber eines kosovarischen Personalausweises abzuschaffen. Kosovo im Gegenzug habe zugestimmt, diese für Inhaber serbischer Personalausweise nicht einzuführen. Alle Bürgerinnen und Bürger dieser beiden Länder sollen nun mit ihren Ausweisen frei zwischen Kosovo und Serbien reisen können. Borrell erläuterte jedoch auch, es müsse weiterhin daran gearbeitet werden, verbleibende Probleme und Spannungen zu lösen. Er erwarte, dass beide Seiten sich pragmatisch und konstruktiv zeigen, um zum Beispiel die Spannungen in Bezug auf Auto-Kennzeichen zu lösen. Schlussendlich betonte Borrell, dass man vor allem auch vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine Lösungen auf dem Westbalkan brauche, um verbleibende Konflikte zu lösen.

[https://www.eeas.europa.eu/eeas/serbia-kosovo-remarks-high-representative-josep-borrell-following-deal-reached\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/serbia-kosovo-remarks-high-representative-josep-borrell-following-deal-reached_en)

## Wirtschaft

### **Kommission; Konsultation zu einem geplanten Richtlinienvorschlag über grenzüberschreitende Vereinstätigkeit im Binnenmarkt**

Am 05.08.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem Richtlinien-Vorschlag zu grenzüberschreitender Vereinstätigkeit im Binnenmarkt veröffentlicht. Der Vorschlag soll durch Vereinfachung von Abläufen und Stärkung der Grundrechte der Vereine dazu beitragen, die Binnenmarktfreiheiten auch für Vereine nutzbarer zu machen. Der derzeitige rechtliche Rahmen für grenzüberschreitende Tätigkeiten von Vereinen sieht u.a. zusätzliche Registrierungen vor, die die Vereine in ihren Aktivitäten aus Sicht der Kommission behindern. Die Konsequenz seien Verzerrungen des Marktes für gemeinnützige Organisationen im europäischen Raum, die mittelfristig auch das demokratische Leben und die Ausübung von EU-Grundrechten gefährden würden. Die Frist für die Einreichung von Rückmeldungen endet am 28.10.2022.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13538-Binnenmarkt-Vorschlag-fur-eine-Gesetzgebungsinitiative-zu-grenzuberschreitenden-Tatigkeiten-von-Vereinen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13538-Binnenmarkt-Vorschlag-fur-eine-Gesetzgebungsinitiative-zu-grenzuberschreitenden-Tatigkeiten-von-Vereinen_de)

### **Kommission; Bewertung der Vorschriften für die beihilferechtliche Würdigung staatlicher Darlehensgarantien**

Die Kommission hat am 29.08.2022 eine Sondierung zur Initiative über Vorschriften für die beihilferechtliche Würdigung staatlicher Darlehensgarantien gestartet. Die zuletzt im Jahr 2008 überarbeitete Garantiemitteilung legt dar, wie die Kommission staatliche Garantien für Unternehmensdarlehens beihilferechtlich beurteilt. Da die Garantiemitteilung weder eine feste Überprüfungsklausel noch einen Auslauftermin enthält, ist eine Evaluierung zum einen hinsichtlich veränderter Marktbedingungen aufgrund der weltweiten Finanzkrise, der Corona-Pandemie und der russischen

Invasion, zum anderen bezüglich neu angemeldeter Garantiemethoden, erforderlich. Die Konsultationsfrist läuft noch bis zum 21.11.2022.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13466-Vorschriften-fur-die-beihilferechtliche-Wurdigung-staatlicher-Darlehensgarantien-Bewertung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13466-Vorschriften-fur-die-beihilferechtliche-Wurdigung-staatlicher-Darlehensgarantien-Bewertung_de)

## V e r k e h r

### **Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften zu Binnenschifffahrtsinformationsdiensten**

Am 16.08.2022 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einer Überarbeitung der Vorschriften zu Binnenschifffahrtsinformationsdiensten veröffentlicht. Die Kommission verspricht sich von der Überarbeitung der Vorschriften eine verbesserte Gewährleistung eines sicheren und effizienteren Binnenschiffverkehrs in der EU. Ferner bilden die Vorschriften einen Rahmen zur Interoperabilität digitaler Informationsdienste. Konkret sollen die bereits festgestellten Mängel der derzeitigen Vorschriften angegangen, die Festlegung technischer Standards gestrafft und neuen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung Rechnung getragen werden. Die veröffentlichte Konsultation ist Teil der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität. Die Rückmeldefrist endet am 22.11.2022.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13135-Binnenschifffahrtsinformationsdienste-Überarbeitung-der-EU-Vorschriften\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13135-Binnenschifffahrtsinformationsdienste-Überarbeitung-der-EU-Vorschriften_de)

### **Kommission; Überprüfung der Vorschriften zur Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen der EU**

Die Kommission hat am 29.08.2022 eine Sondierung zur Initiative über Zuweisung von Zeitnischen (SLOTS) auf Flughäfen in der EU gestartet. Im Rahmen dieser ist zu einer öffentlichen Konsultation aufgefordert worden. Mit dieser Verordnung sollte dem Problem der die Tageskapazität der Flughäfen übersteigenden Nachfrage und der ineffizienten Nutzung dieser Kapazität entgegengewirkt werden. Trotz des coronabedingten Rückgangs wird der Flugverkehr laut Prognosen bis 2024 auf das vorpandemische Niveau zurückkehren, sodass die Zuweisung von Zeitnischen zentrales Instrument einer effizienten Nutzung der begrenzten Start- und Landungskapazität an Flughäfen ist. Die Überprüfung zielt auf eine größere Flexibilität und Resilienz des Zuweisungssystems und eine Berücksichtigung anderer Prioritäten wie Dekarbonisierung, hochwertige Konnektivität sowie Intermodalität ab. Die Konsultationsfrist läuft noch bis zum 21.11.2022.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13528-Zuweisung-von-Zeitnischen-auf-Flughafen-in-der-EU-Überprüfung-der-Vorschriften\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13528-Zuweisung-von-Zeitnischen-auf-Flughafen-in-der-EU-Überprüfung-der-Vorschriften_de)

## E n e r g i e

### **Kommission; Genehmigung deutscher Beihilferegelung zugunsten energieintensiver Unternehmen zum Ausgleich indirekter Emissionskosten**

Am 19.08.2022 hat die Kommission eine deutsche Beihilferegelung zugunsten energieintensiver Unternehmen zum Ausgleich von indirekten Emissionskosten genehmigt. Die Regelung betrifft einen Finanzrahmen von insgesamt etwa 27,5 Mrd. EUR. Durch die Beihilfen sollen Unternehmen für höhere Strompreise aufgrund von

indirekten Emissionskosten im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems entschädigt werden. Durch die Regelung soll die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Länder außerhalb der EU verringert werden. Förderfähig sind jene Unternehmen, die im Anhang der Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021 genannt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_4925](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_4925)

### **Kommission; Genehmigung deutscher Beihilferegulung zur Förderung grüner Fernwärme**

Am 02.08.2022 hat die Kommission eine mit 2,98 Mrd. EUR ausgestattete deutsche Beihilferegulung genehmigt. DEU hatte die Regelung im Juni 2022 bei der Kommission angemeldet. Ziel der Maßnahme ist die Förderung grüner Fernwärme auf Grundlage von erneuerbaren Energieträgern und Abwärme. Die Gewährung der Beihilfe soll in Form von direkten Zuschüssen erfolgen. Die Regelung ist befristet bis zum 30.08.2028. Sie steht nicht nur Fernwärmebetreibern offen, sondern auch solchen Unternehmen, die bislang noch kein Fernwärmenetz am Markt anbieten. Durch die Maßnahme sollen Studien zur Durchführbarkeit und Umstellungspläne zur Dekarbonisierung von Fernwärmenetzen gezielt unterstützt werden. Weitere Investitionsbeihilfen können für den Bau neuer Fernwärmesysteme mit einem Mindestanteil von erneuerbaren Energien von 75%, die Dekarbonisierung und Modernisierung bereits bestehender Fernwärmesysteme für den Betrieb mit erneuerbaren Energien und Abwärme sowie die Installation von Anlagen zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren und solarthermischen Quellen, Wärmepumpen und Wärmespeichern, beantragt werden. Ferner sind auch Betriebsbeihilfen für die Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen mittels Solarthermie und Wärmepumpen möglich.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/staatliche-beihilfen-kommission-genehmigt-deutsche-regelung-zur-forderung-gruner-fernwarne-2022-08-02\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/staatliche-beihilfen-kommission-genehmigt-deutsche-regelung-zur-forderung-gruner-fernwarne-2022-08-02_de)

## Digital

### **Kommission; Konsultation zu Studienbericht über Hochfrequenzen**

Der die Kommission beratende Wissenschaftliche Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und neu entstehende Technologien (SCHEER) hat am 22.08.2022 eine Konsultation zu seinem vorläufigen Bericht über die wissenschaftlichen Erkenntnisse über Hochfrequenzen eingeleitet. Der SCHEER-Ausschuss hat Meta-Analysen, systematische Übersichten sowie einzelne Forschungsarbeiten zu hochfrequenten elektromagnetischen Feldern (100 kHz bis 300 GHz) geprüft, die ab 2015 veröffentlicht wurden. Er konnte keine verwendbaren Belege für gesundheitsschädliche Wirkungen infolge chronischer oder akuter HF-EMF-Exposition bei Werten, die unterhalb der in den Anhängen der Ratsempfehlung 1999/519/EG und der Richtlinie 2013/35/EU festgelegten liegen, identifizieren. Er sieht dabei keine Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit Mobilfunknetzen wie 5G. Der Ausschuss spricht sich für eine technische Überarbeitung der Anhänge der Empfehlung 1999/519/EG und der Richtlinie 2013/35/EU in Bezug auf hochfrequente elektromagnetische Felder (100 kHz bis 300 GHz) aus. Dadurch sollen diese an die neuesten Expositionsleitlinien der Internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung (ICNIRP), die neue dosimetrische Größen und Grenzwerte einführen, angepasst werden. Die Frist für Stellungnahmen endet am 25.09.2022.

[https://health.ec.europa.eu/consultations/scheer-public-consultation-preliminary-opinion-scientific-evidence-radiofrequency\\_en](https://health.ec.europa.eu/consultations/scheer-public-consultation-preliminary-opinion-scientific-evidence-radiofrequency_en)

### **Kommission; EU eröffnet Büro im Silicon Valley**

Die Kommission hat am 01.09.2022 ein EU-Verbindungsbüro in San Francisco (USA) eröffnet, um die Zusammenarbeit mit den USA im Bereich der digitalen Diplomatie zu erleichtern. Unter Leitung von Gerard de Graaf, zuvor Direktor in der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (GD Connect) in Brüssel, soll das Büro die transatlantische technologische Partnerschaft (TTC) stärken und den globalen digitalen Wandel auf der Grundlage demokratischer Werte vorantreiben. Aufgabe der europäischen Repräsentanz im Silicon Valley ist es, zur Cybersicherheit, zur Etablierung internationaler Standards und zu mehr Kooperation im Krisenmanagement beizutragen. Gleichzeitig soll die Außenstelle dazu beigetragen, dass US-Technologieunternehmen die neuen EU-Vorschriften im Bereich Plattformökonomie (Digital Markets Act, Digital Services Act) verstehen, umsetzen und einhalten.

[https://www.eeas.europa.eu/eeas/usdigital-eu-opens-new-office-san-francisco-reinforce-its-digital-diplomacy\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/usdigital-eu-opens-new-office-san-francisco-reinforce-its-digital-diplomacy_en)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Horizont Europa; Jahresbericht Forschung und Innovation (F&I)**

Am 05.08.2022 hat die Kommission den Jahresbericht über die Forschungs- und Innovationstätigkeiten der EU im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa veröffentlicht, der auch Aspekte vom vorigen Programm Horizont 2022 umfasst. Der Bericht betont, dass die Aktivitäten der EU in 2021 vor allem auch im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Covid-19 standen. Aus den Daten der Kommission geht zum Beispiel hervor, dass die EU-Finanzierung im Bereich F&I zu etwa 3000 Forschungspapieren über Covid-19 beigetragen hat. Der Bericht erinnert insgesamt daran, dass mit dem Fonds Next Generation EU ein zusätzlicher Beitrag von 5,4 Mrd. EUR für den Bereich F&I mobilisiert werden konnte. Auch die Beiträge von Horizont Europa und die Bedeutung von F&I für die europäische Politik in Bezug auf den ökologischen und digitalen Wandel, für die Industriepolitik, die Sicherheit und den Weltraum sowie für Partnerschaften mit den Mitgliedstaaten und die internationale Zusammenarbeit werden hervorgehoben. In punkto Klimaforschung zeigen die Daten der Kommission, dass die EU-Finanzierung (siebtes Rahmenprogramm und Horizont 2020) zu mehr als 2500 Veröffentlichungen beigetragen hat. Der Bericht befasst sich abschließend mit der Einrichtung der neuen F&I-Instrumente seit 2021: dem Europäischen Innovationsrat (EIC), neuen europäischen Partnerschaften und Missionen sowie der Konsolidierung der Rechtsgrundlage des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT).

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022DC0389&from=EN>

### **Kommission; Valorisierung von Wissen; Forschungsergebnisse**

Am 09.08.2022 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung vorgelegt, der Leitlinien für die Valorisierung von Wissen darlegt. Die Mitgliedstaaten sollen die nicht-legislative Empfehlung auf einer der kommenden Ratstagungen verabschieden. Die Kommission beabsichtigt, den sozialen und wirtschaftlichen Wert von Wissen zu steigern und Daten und Forschungsergebnisse in nachhaltige Produkte und Lösungen umzuwandeln. Ziel ist es, politische Grundsätze und Maßnahmen für

nationale, regionale und lokale Entscheidungsträger zu koordinieren, um die Umwandlung von Ergebnissen aus Forschung und Innovation in Lösungen zum Nutzen der Gesellschaft zu maximieren. Diese Ratsempfehlung soll ein bisheriges Dokument der Kommission aus dem Jahr 2008 zum Umgang mit geistigem Eigentum bei Wissenstransfertätigkeiten ersetzen. Die Kommission betont, dass eine verstärkte Valorisierung von Wissen sehr wichtig sei, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, etwa den Einsatz von Technologien zur Bekämpfung des Klimawandels. In den Leitlinien wird die Entwicklung von Managementstrategien und die Förderung von Fähigkeiten empfohlen, um geistiges Eigentum in vollem Umfang nutzen zu können. Die Leitprinzipien sollen alle relevanten Akteure des F&I-Spektrums einbeziehen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal->

[content/EN/TXT/?uri=COM%3A2022%3A391%3AFIN&qid=1660055341349](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2022%3A391%3AFIN&qid=1660055341349)

## F i n a n z e n

### **Kommission; Bericht über die Wirksamkeit von NextGenerationEU**

Die Kommission hat am 29.07.2022 einen Bericht über die Wirksamkeit des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU (NGEU) veröffentlicht. Bisher wurden 25 Pläne der Mitgliedstaaten (MS) genehmigt, die sämtlich die Vorgaben, dass mindestens 37% der erhaltenen Gelder in die Finanzierung des Europäischen Green Deal investiert werden sollen, übertreffen. Auch die Bedingung, mindestens 20% in die Finanzierung des digitalen Wandels zu investieren, wurde von den meisten MS übererfüllt, allen voran DEU, wo 53% der Gelder in den digitalen Wandel investiert werden sollen. Auch im Bereich der Aufbau- und Resilienzfähigkeit trage NGEU dazu bei, die Ziele von REPowerEU zu erreichen. Laut dem Bericht wurden bereits über 100 Mrd. EUR von der Kommission ausgezahlt, davon an DEU 2,25 Mrd. EUR im Rahmen der Vorfinanzierung.

[https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/com\\_2022\\_383\\_1\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/com_2022_383_1_en.pdf)

### **Kommission; Verstärkte Überwachung Griechenlands endet**

Die Kommission hat am 10.08.2022 mitgeteilt, dass das Programm der verstärkten Überwachung GRI am 20.08.2022 endet. Die verstärkte Überwachung war vor vier Jahren im August 2018, nachdem GRI erfolgreich das Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus abgeschlossen hatte, begonnen worden. GRI habe die in 2018 gegenüber der Euro-Gruppe eingegangenen Verpflichtungen erfüllt und Reformen erfolgreich umgesetzt. Da sich die Widerstandsfähigkeit der griechischen Wirtschaft deutlich verbessert habe und die Risiken von „Spillover“-Effekten auf die Wirtschaft des Euroraums erheblich gesunken seien, sei eine verstärkte Überwachung nicht mehr gerechtfertigt. Wie bei allen Euroländern wird die Überwachung der wirtschaftlichen, haushaltspolitischen und finanziellen Lage des Landes im Rahmen der Überwachung nach Abschluss des Programms (PPS) und des Europäischen Semesters fortgesetzt. Im Rahmen des ersten PPS-Berichts, der im November 2022 veröffentlicht werden soll und Grundlage für die Entscheidung der Euro-Gruppe über die letzte Tranche der im Juni 2018 vereinbarten Schuldenerleichterungsmaßnahmen ist, wird die Überwachung der noch ausstehenden Reformverpflichtungen erfolgen. Eine resiliente Eurozone sei maßgebend für die Stabilität und die Bedeutung des Euros insgesamt.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/griechische-wirtschaft-hat-sich-erholt-verstärkte-überwachung-endet-am-20-august-2022-08-10\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/griechische-wirtschaft-hat-sich-erholt-verstärkte-überwachung-endet-am-20-august-2022-08-10_de)

### **Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 8,9% gestiegen**

Am 18.08.2022 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Juli 2022 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 8,9% gegenüber 8,6% im Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,2% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Juli bei 9,8% gegenüber 9,6% im Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,5% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTA und FRA (je 6,8%) und FIN (8,0%) gemessen, die höchsten in EST (23,2%), LET (21,3%) und LIT (20,9%). Im Juli kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+4,02 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+2,08 Prozentpunkte), Dienstleistungen (+1,60 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+1,16 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im Juli 8,5%, die in BEL 10,4%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14675415/2-18082022-AP-DE.pdf/595da1e3-8c52-881d-4e19-5d1ecf969c49>

## S o z i a l e s

### **EuGH; Kindergeld in Deutschland während der ersten drei Monate nach Zuzug**

Der EuGH hat am 01.08.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-411/20 verkündet. Demnach können EU-Bürgerinnen und Bürger, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Aufnahmemitgliedstaat begründet haben, nicht während der ersten drei Monate ihres Aufenthalts vom Bezug von Kindergeld ausgeschlossen werden, auch wenn diese keine Einkünfte aus einer Erwerbstätigkeit in diesem Mitgliedstaat beziehen. Sofern sie sich rechtmäßig aufhalten, genießen sie grundsätzlich Gleichbehandlung mit den inländischen Staatsangehörigen, unabhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Stellung. Dazu müssen EU-Bürgerinnen und Bürger lediglich im Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sein und ansonsten keine weiteren Bedingungen erfüllen oder Formalitäten erledigen, solange sie, oder ihre Familienangehörigen, die Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats nicht unangemessen in Anspruch nehmen. Gegenstand der Rechtssache war die Klage einer EU-Bürgerin vor dem Finanzgericht in Bremen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=CE6443FEA1728338935132E844F99EAB?text=&docid=263726&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=9632197>

## G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

### **Kommission; Konsultation zu Normen zur Sicherheit von Kinderprodukten**

Am 05.08.2022 stellte die Kommission den Entwurf eines Beschlusses zur Sicherheit von Kinderprodukten (ausgenommen Spielzeug) zur Konsultation. Die geltenden Normen für Kinderprodukte, die kein Spielzeug sind, leiten sich aus einem Normungsauftrag aus dem Jahr 1997 ab, der mittlerweile überholt sei. Die Kommission beabsichtigt nun, die Sicherheitsanforderungen zu aktualisieren. Der entsprechende Beschluss wäre die Grundlage für eine Aufforderung an die Normungsgremien, neue Normen zu erarbeiten bzw. bestehende Normen zu überarbeiten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12841-Sicherheit-von-Kinderprodukten-Spielzeug-ausgenommen-Anforderungen-an-europaische-Normen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12841-Sicherheit-von-Kinderprodukten-Spielzeug-ausgenommen-Anforderungen-an-europaische-Normen_de)

### **Kommission; Konsultation zur nachhaltigen Gestaltung von Mobiltelefonen und Tablets**

Am 31.08.2022 legte die Kommission den Entwurf einer Verordnung zur nachhaltigen Gestaltung von Mobiltelefonen und Tablets vor. Diese Initiative wurde im Rahmen des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft 2020 geplant und stehe im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals für eine effiziente Ressourcennutzung. Es soll sichergestellt werden, dass Mobiltelefone und Tablets energieeffizient und nachhaltig gestaltet werden, Verbraucherinnen und Verbraucher sie problemlos reparieren, Systemverbesserungen (Upgrades) durchführen und sie instandhalten können und die Geräte wiederverwendet und recycelt werden können. Rückmeldungen sind bis zum 28.09.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12797-Nachhaltige-Gestaltung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Okodesign\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12797-Nachhaltige-Gestaltung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Okodesign_de)

### **Kommission; Konsultation zur Energieverbrauchskennzeichnung von Mobiltelefonen und Tablets**

Am 31.08.2022 stellte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Energieverbrauchskennzeichnung von Mobiltelefonen und Tablets zur Konsultation. Die Kennzeichnung soll Verbraucherinnen und Verbrauchern einen klaren und einfachen Hinweis auf die Energieeffizienz von Produkten zum Zeitpunkt des Kaufs geben. Damit soll es einfacher werden, Geld bei den Energiekosten zu sparen. Gleichzeitig sollen sich so die Treibhausgasemissionen verringern. Diese Initiative ergänze die parallele Durchführungsverordnung zum Ökodesign. Ziel sei es, gegebenenfalls Kennzeichnungsanforderungen einzuführen, die das Ökodesign unterstützen, indem Verbraucherinnen und Verbraucher besser über die Nachhaltigkeit von Produkten informiert werden. Rückmeldungen sind bis zum 28.09.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12798-Energieverbrauchskennzeichnung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Verbraucherinformationen-uber-Umweltauswirkungen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12798-Energieverbrauchskennzeichnung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Verbraucherinformationen-uber-Umweltauswirkungen_de)

### **Kommission; Maßnahmen zur Erleichterung im Bereich Medizinprodukte**

Im Nachklang des Treffens der Gesundheitsminister und Gesundheitsministerinnen am 14.06.2022 billigte die Koordinierungsgruppe für Medizinprodukte, unter dem Vorsitz der Kommission, am 29.08.2022 eine Liste von Maßnahmen zur Unterstützung der Kapazitäten der benannten Stellen und der Vorbereitung der Hersteller, um den Übergang zur Medizinprodukteverordnung und zur Verordnung über In-vitro-Diagnostika zu erleichtern. Dadurch soll die permanente Verfügbarkeit von Medizinprodukten gewährleistet und Engpässe vermieden werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_22\\_5224](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_5224)

### **Kommission; EU4Health-Förderaufruf zur Eindämmung des Tabakkonsums**

Die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales HADEA (European Health and Digital Executive Agency) hat am 25.08.2022 einen Förderaufruf über 3 Mio. EUR für die Erbringung von Dienstleistungen zur Unterstützung von Maßnahmen im Bereich der Tabakbekämpfung auf EU-Ebene veröffentlicht. Zu den Förderzielen gehören die Unterstützung der Umsetzung und Weiterentwicklung der Eindämmung des Tabakkonsums sowie der Maßnahmen, die im Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung dargelegt sind.

[https://hadea.ec.europa.eu/news/new-eu4health-call-tenders-tobacco-control-2022-08-25\\_en](https://hadea.ec.europa.eu/news/new-eu4health-call-tenders-tobacco-control-2022-08-25_en)

### **Kommission; EU spendet 5 Mio. Kaliumjodidtabletten zum Schutz der Ukrainer und Ukrainerinnen vor möglicher Strahlenbelastung**

Am 26.08.2022 bat die ukrainische Regierung die EU um Kaliumjodidtabletten als vorbeugende Sicherheitsmaßnahme zur Erhöhung des Schutzniveaus in der Umgebung des Kernkraftwerks Saporischschja. Die Kaliumjodidtabletten sollen in begrenzten Fällen eingesetzt werden, um zu verhindern, dass eingeatmetes oder verschlucktes radioaktives Jod von der Schilddrüse aufgenommen wird. Als Reaktion darauf mobilisierte das Notfallkoordinationszentrum im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens 5,5 Mio. Kaliumjodidtabletten, darunter 5 Mio. aus den rescEU-Notfallreserven und 500.000 aus AUT.

[https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/ukraine-eu-donates-5-million-potassium-iodide-tablets-protect-ukrainians-potential-radiation-2022-08-30\\_de](https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/news-stories/news/ukraine-eu-donates-5-million-potassium-iodide-tablets-protect-ukrainians-potential-radiation-2022-08-30_de)

### **Kommission; EU4Health Vorabinformation über den fairen Zugang von Krebsüberlebenden zu Finanzdienstleistungen**

Die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales HADEA (European Health and Digital Executive Agency) hat am 31.08.2022 Vorabinformationen für einen angekündigten Förderaufruf veröffentlicht. Im Rahmen des Jahresarbeitsprogramms EU4Health 2022 soll die Erarbeitung eines Entwurfs für einen Verhaltenskodex für den fairen Zugang zu Finanzdienstleistungen für Menschen mit einer Krebserkrankung sowie eine Studie zur Untermauerung dieses Verhaltenskodex gefördert werden. Es handelt sich um eine Folgemaßnahme zum EU-Bericht 2022 "Zugang zu Finanzprodukten für Personen mit einer Krebserkrankung in den EU-Ländern". Hierfür werden 2 Mio. EUR bereitgestellt.

[https://hadea.ec.europa.eu/news/eu4health-prior-information-notice-fair-access-cancer-survivors-financial-services-2022-08-31\\_en](https://hadea.ec.europa.eu/news/eu4health-prior-information-notice-fair-access-cancer-survivors-financial-services-2022-08-31_en)

### **Kommission; Europäische Bürgerinitiative für eine tabakfreie Umwelt**

Die Europäische Kommission hat am 24.08.2022 entschieden, die Europäische Bürgerinitiative „Aufruf zur Schaffung einer tabakfreien Umwelt und der ersten tabakfreien Generation in Europa bis 2030“ zu registrieren. Die Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, um die nächste Generationen vor Tabakabhängigkeit zu bewahren und gegen die damit verbundenen Umweltgefahren vorzugehen. Eine inhaltliche Prüfung des Vorschlags hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgenommen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_5103](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_5103)

### **EIB; 22 Mio. EUR Förderung für Entwicklung neuer Krebstherapien**

Die Europäische Investitionsbank EIB fördert die Entwicklung neuer Krebstherapien mit 22 Mio. EUR. Wie die EIB am 17.08.2022 verkündete, werden die Mittel der Biotechfirma Ryvu Therapeutics zur Verfügung gestellt, um die Entwicklung neuer Therapien gegen schwere Blutkrebserkrankungen und solide Tumore sowie die klinische Entwicklung in diesem Bereich voranzutreiben. Ziel ist es, damit die Umsetzung der EU-Arzneimittelstrategie und den EU-Aktionsplan gegen Krebs zu unterstützen, in dem bisher ungedeckten medizinische Bedarfe in der Krebstherapie entsprochen wird.

<https://www.eib.org/de/press/all/2022-345-eib-to-support-ryvu-therapeutics-discovery-research-and-development-of-new-cancer-treatments-with-eur22-million>

### **Kommission; Verlegung von Ukrainerinnen und Ukrainern in EU-Krankenhäuser**

Wie die Kommission am 05.08.2022 mitteilte, wurden bisher über 1.000 Patientinnen und Patienten aus der Ukraine in Krankenhäuser in 18 Mitgliedstaaten verlegt. Die

Koordinierung erfolgte hierbei durch das EU-Katastrophenschutzverfahren. Die medizinische Evakuierung erfolgt durch MEDEVAC. Mit dem Transportsystem MEDEVAC wird der Transport von Patienten unterstützt, die bestimmte Kriterien erfüllen, also chronisch krank sind oder im Krieg verwundet wurden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_4882](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4882)

### **Kommission; Start für Zulassung für erste an Varianten angepasste Impfstoffe**

Am 01.09.2022 hat die Europäische Arzneimittelagentur EMA eine positive Einschätzung zu zwei an Varianten angepasste COVID-19 Impfstoffe erteilt. Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides verkündete, dass nun das beschleunigte Zulassungsverfahren für die Impfstoffe von BioNTech-Pfizer und Moderna in die Wege geleitet werde. Beide Impfstoffe sollen einen verbesserten Schutz gegenüber den Omikron-Varianten BA.1 bieten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_22\\_5272](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_5272)

### **EMCDDA; Antworten für häufige Fragen zu drogenbedingten Todesfällen**

Anlässlich des Internationalen Tages zur Sensibilisierung für Überdosierungen hat die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht EMCDDA am 31.08.2022 Antworten zu häufigen Fragen (FAQ) zu drogenbedingten Todesfällen veröffentlicht. In den FAQ werden die neuesten Daten zu drogenbedingten Todesfällen in Europa zusammengestellt, um das Bewusstsein für Art und Ausmaß des Problems zu schärfen. Zusätzlich wurde ein Video veröffentlicht, in dem erklärt wird, wie die EMCDDA drogenbedingte Todesfälle überwacht. Dies soll zu einem besseren Verständnis von Drogenüberdosierungen beitragen, um eine solide Politikgestaltung in diesem Bereich zu ermöglichen. Die Bekämpfung drogenbedingter Schäden und die Verringerung drogenbedingter Todesfälle sind Prioritäten in der EU-Drogenstrategie und dem Aktionsplan 2021-2025.

[https://www.emcdda.europa.eu/news/2022/international-overdose-awareness-day-emcdda-answers-key-questions-drug-related-deaths\\_en](https://www.emcdda.europa.eu/news/2022/international-overdose-awareness-day-emcdda-answers-key-questions-drug-related-deaths_en)

## U m w e l t

### **Kommission; Konsultation zum Bodengesundheitsgesetz**

Am 01.08.2022 öffnete die Kommission die Konsultation zum Bodengesundheitsgesetz. Dieses soll dem Schutz, der nachhaltige Bewirtschaftung und Wiederherstellung von gesunden Böden dienen und Böden den gleichen Schutz gewähren wie Wasser, Luft und die Meeresumwelt. Mit dem Bodengesundheitsgesetz, das in der EU-Bodenstrategie für 2030 angekündigt wurde, sollen die Voraussetzungen für einen gesunden Boden genannt, Optionen für die Bodenüberwachung bestimmt und Regeln für eine nachhaltige Nutzung und Wiederherstellung von Böden festgelegt werden. Rückmeldungen sind bis zum 24.10.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13350-Bodengesundheit-Schutz-nachhaltige-Bewirtschaftung-und-Wiederherstellung-von-Boden-in-der-EU\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13350-Bodengesundheit-Schutz-nachhaltige-Bewirtschaftung-und-Wiederherstellung-von-Boden-in-der-EU_de)

### **Kommission; Dürre in Europa im August 2022**

Am 23.08.2022 veröffentlichte die Kommission den Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (GFS) zur Dürresituation in der EU. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass in vielen Regionen Europas weiterhin starke Dürre herrscht. 46% der EU befinden sich im Warnzustand, was bedeutet, dass weniger

Niederschläge als üblich gefallen sind und die Bodenfeuchtigkeit ein Defizit aufweist. 11% der EU befinden sich laut Bericht im Alarmzustand, was bedeutet, dass auch die Vegetation und die Kulturpflanzen die negativen Auswirkungen der Dürre zeigen. Wasser- und Hitzestress führen dazu, dass die Ernteerträge von Getreide und anderen Kulturpflanzen noch weiter sinken. Die Ertragsprognosen für Körnermais, Sojabohnen und Sonnenblumen auf EU-Ebene gehen jeweils von einem Minus von 16%, 15% und 12% im Vergleich zum 5-Jahres-Durchschnitt aus. Außerdem trägt die Trockenheit dazu bei, dass in vielen Teilen der EU akute Brandgefahr herrscht. Das starke Niederschlagsdefizit hat fast alle Flüsse in der EU in Mitleidenschaft gezogen, was sich sowohl auf den Energiesektor für die Stromerzeugung aus Wasserkraft und die Kühlsysteme anderer Kraftwerke als auch auf die Binnenschifffahrt auswirkt. Den GFS-Experten zufolge scheint die derzeitige Dürre die schlimmste seit mindestens 500 Jahren zu sein. Die endgültigen Daten werden erst am Ende der Saison vorliegen.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/durre-europa-fast-die-halfte-des-eu-gebiets-gefahr-det-2022-07-18\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/durre-europa-fast-die-halfte-des-eu-gebiets-gefahr-det-2022-07-18_de)

## L a n d w i r t s c h a f t

### **Kommission; Konsultation zu Verwendungsbedingungen von Tierarzneimitteln und Impfstoffen**

Am 05.08.2022 stellte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zu Verwendungsbedingungen von Tierarzneimitteln und Impfstoffen zur Konsultation. In bestimmten Fällen müssen die EU-Länder möglicherweise Tierarzneimittel zur Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen verwenden, deren Tilgung vorgeschrieben ist, wie Maul- und Klauenseuche, klassische Schweinepest und Afrikanische Pferdepest. Im Rahmen dieser Initiative werden die Bedingungen für die Verwendung von Tierarzneimitteln zu diesen Zwecken sowie Folgemaßnahmen in Bezug auf Impfstoffe festgelegt.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12173-Tierarzneimittel-Impfstoffe-Verwendungsbedingungen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12173-Tierarzneimittel-Impfstoffe-Verwendungsbedingungen_de)

### **Kommission; Konsultation zum Genehmigungssystem für den Weinanbau**

Die Kommission stellte am 10.08.2022 einen Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Änderung des Zulassungssystems für den Anbau von Reben zur Konsultation. Die Verordnung zielt darauf ab, die in der jüngsten GAP-Reform beschlossenen Änderungen des Genehmigungssystems für den Anbau von Reben widerzuspiegeln, wie die neue historische Grundlage für die Berechnung der jedes Jahr neu bereitgestellten Genehmigungen und Änderungen der Prioritätskriterien, die die Mitgliedstaaten auf nationaler oder regionaler Ebene anwenden können für die Erteilung von Genehmigungen zum Anpflanzen von Reben. Rückmeldungen sind bis zum 07.09.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13443-Changes-to-the-vine-planting-authorisation-scheme\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13443-Changes-to-the-vine-planting-authorisation-scheme_de)

### **Kommission; Konsultation zu neuem EU-Rahmen für Waldmonitoring und strategischen Plänen**

Seit dem 25.08.2022 ist es möglich, sich im Rahmen einer öffentlichen Online-Konsultation zu dem bevorstehenden Legislativvorschlag für einen neuen EU-Rahmen für das Waldmonitoring und für strategische Pläne zu äußern. Ziel ist es, einen EU-weiten Rahmen für die Waldbeobachtung zu entwickeln, der einen freien Zugang zu detaillierten, genauen, regelmäßigen und zeitnahen Informationen über den Zustand

und die Bewirtschaftung der Wälder in der EU ermöglicht. Die durch die Waldbeobachtung gesammelten Informationen sollen nicht nur die Überwachung der Wälder verbessern, sondern auch zu einer stärker datengestützten Entscheidungsfindung in Bezug auf die Wälder führen. Die neuen Regeln sollen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Waldbewirtschaftung stärken, den illegalen Holzeinschlag reduzieren, Anreize und Belohnungen für eine nachhaltigere Waldbewirtschaftung schaffen und die Anpassung der Wälder an den Klimawandel unterstützen. Alle Interessengruppen sind eingeladen, ihre Ansichten während der öffentlichen Online-Konsultation, die bis zum 17.11.2022 läuft, mitzuteilen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13396-EU-forests-new-EU-Framework-for-Forest-Monitoring-and-Strategic-Plans\\_en](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13396-EU-forests-new-EU-Framework-for-Forest-Monitoring-and-Strategic-Plans_en)

### **Kommission; Genehmigung erster GAP-Strategiepläne**

Die Kommission hat am 31.08.2022 die GAP-Strategiepläne von Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Polen, Portugal und Spanien genehmigt. Die EU-Länder sollen im Rahmen der GAP für die Periode 2023-27 nationale GAP-Strategiepläne aufstellen und dabei Mittel für Einkommensstützung, ländliche Entwicklung und Marktmaßnahmen kombinieren. Bei der Ausarbeitung seines GAP-Strategieplans wählte jeder Mitgliedstaat aus einer breiten Palette von Interventionen auf EU-Ebene die geeignetsten aus und passte sie zielgerichtet an die jeweiligen Erfordernisse und die Bedingungen vor Ort an. Die Kommission hat alle Pläne dahingehend geprüft, ob sie an den Zielen der GAP ausgerichtet sind, die der Bewältigung gemeinsamer ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Herausforderungen dienen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Pläne mit den EU-Rechtsvorschriften im Einklang stehen und zu den Klima- und Umweltzielen der EU, auch im Bereich des Tierwohls, beitragen, die in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und in der Biodiversitätsstrategie der Kommission dargelegt sind.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_5183](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5183)

## **J u s t i z**

### **EuGH - Verhütung von Korruption im öffentlichen Sektor**

Am 01.08.2022 hat der EuGH in der Rechtssache C-184/20 (Vyriausioji tarnybinės etikos komisija) entschieden, dass die litauischen Rechtsvorschriften, die die Online-Veröffentlichung eines Teils der persönlichen Daten vorsehen, die in der Erklärung der privaten Interessen von Direktoren von Einrichtungen, die öffentliche Gelder erhalten, enthalten sind, gegen das Unionsrecht verstoßen. Die Einhaltung des Grundsatzes der Transparenz bei der Ausübung öffentlicher Ämter muss mit den von der Maßnahme betroffenen Grundrechten in Einklang gebracht werden, wobei eine ausgewogene Abwägung zwischen dem Ziel des Allgemeininteresses einerseits und den betroffenen Grundrechten andererseits vorzunehmen ist. Hintergrund der Entscheidung ist, dass in LIT jeder Leiter einer öffentlichen Einrichtung, die öffentliche Mittel erhält, eine Erklärung über private Interessen vorlegen muss. Ein Teil der darin enthaltenen personenbezogenen Daten werden auf der Website der litauischen Obersten Kommission für Dienstethik veröffentlicht, die diese Erklärungen entgegennimmt und kontrolliert.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-184/20>

### **EuGH-Urteil; gerichtliche Zuständigkeit für Familiensachen**

Der EuGH hat am 01.08.2022 in der Rechtssache C-501/20 (MPA (Gewöhnlicher Aufenthalt – Drittstaat)) die gerichtliche Zuständigkeit für Scheidungen, elterliches

Sorge- und Umgangsrecht sowie Unterhaltspflichten in grenzüberschreitenden Fällen präzisiert. Der EuGH hat entschieden, dass der „gewöhnliche Aufenthalt“ im Sinne der Brüssel IIa-Verordnung eine Präsenz voraussetzt, die einen ausreichenden Grad an Stabilität im Hoheitsgebiet des betreffenden Staats aufweist. Soweit die Auslegung des Begriffs „gewöhnlicher Aufenthalt“ im Einzelfall dazu führt, dass kein Gericht eines Mitgliedstaats (MS) für die familiengerichtliche Entscheidung zuständig ist, kann das Gericht eines MS ausnahmsweise seine Zuständigkeit aufgrund eines Notstands feststellen. Dies ist insbesondere dann möglich, wenn der Zugang zum Recht in dem Drittstaat in Anbetracht des konkreten Falles behindert wird, insbesondere durch diskriminierende oder einem fairen Verfahren entgegenstehende Verfahrensbedingungen. Schließlich muss der Rechtsstreit eine hinreichende Verbindung zu dem MS des angerufenen Gerichts aufweisen, wobei diese insbesondere auf der Staatsangehörigkeit einer der Parteien beruhen kann.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-501/20>

I n n e r e s

### **EDPB; EDSB; Datenschützer kritisieren Kommissionsvorschlag im Kampf gegen Kindesmissbrauch**

Der Europäische Datenschutzausschuss (EDPB – European Data Protection Board) und der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) haben am 29.07.2022 eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern veröffentlicht. In Ihrer Stellungnahme üben EDPB und EDSB dezidierte Kritik an dem Vorschlag, der u.a. darauf abzielt, Online-Dienstleistern Verpflichtungen in Bezug auf das Aufspüren, Melden und Entfernen von Missbrauchsdarstellungen im Internet aufzuerlegen. Auch wenn sexueller Missbrauch von Kindern ein besonders schweres Verbrechen sei, berge der Vorschlag in seiner derzeitigen Form mehr Risiken für den individuellen Grundrechtsschutz von Dritten als dass er eine effektive Strafverfolgung in dem Bereich ermögliche. Insbesondere sehen EDPB und EDSB die Gefahr, dass der Vorschlag die Grundlage für ein allgemeines und wahlloses Durchsuchen von Online-Kommunikation (Stichwort: Chatkontrolle) bilden könnte. Die Datenschützer empfehlen daher, insbesondere die Bedingungen für den Erlass einer Aufdeckungsanordnung in der Verordnung näher zu spezifizieren. Weiterhin machen sich EDSB und der EDPB dafür stark, dass die Übermittlung personenbezogener Daten zwischen dem geplanten EU-Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch und Europol anstelle eines direkten Datenzugriffs nur einzelfallbezogen und nach einer gründlichen Prüfung des Antrags über ein sicheres Kommunikationsinstrument erfolgen sollte.

[https://edps.europa.eu/system/files/2022-07/22-07-28\\_edpb-edps-joint-opinion-csam\\_en.pdf](https://edps.europa.eu/system/files/2022-07/22-07-28_edpb-edps-joint-opinion-csam_en.pdf)

### **EuGH; Gerichtshof stärkt Rechte unbegleiteter Minderjähriger beim Familiennachzug**

Der EuGH hat am 01.08.2022 sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-273/20 und C-355/20 sowie in der Rechtssache C-279/20 verkündet. Demnach ist es mit der Richtlinie betreffend das Recht auf Familienzusammenführung (Familienzusammenführungsrichtlinie) unvereinbar, wenn nationale Behörden hinsichtlich der Beurteilung des Alters des Antragstellers auf den Zeitpunkt abstellen, zu dem die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats (MS) über den Antrag auf Einreise und Aufenthalt der nachziehenden Familienangehörigen entschieden hat.

Andernfalls wäre das Recht auf Familienleben in unzulässiger Weise gefährdet, so die Richterinnen und Richter. Zudem sei eine solche Auslegung nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar, da die Familienzusammenführung sonst allein von Umständen abhängen, die in der Sphäre der zuständigen Behörden lägen. Für die Beurteilung der Frage, ob ein Kind eines als Flüchtling anerkannten Zusammenführenden als minderjährig anzusehen ist, sei vielmehr die Stellung des Asylantrags der Eltern maßgeblich. Allerdings müsse der Antrag auf Familienzusammenführung binnen einer Frist von 3 Monaten ab der Anerkennung als Flüchtling erfolgen. Der EuGH kommt somit zu dem Ergebnis, dass die Ablehnung der Erteilung eines Visums zum Zwecke der Familienzusammenführung an den Elternteil eines während des Verfahrens volljährig gewordenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings unionsrechtswidrig ist.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-08/cp220136de.pdf>

### **EuGH; Deutsche Zuständigkeit für Asylantrag einer Minderjährigen trotz Asyl für Eltern in POL**

Der EuGH hat am 01.08.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-720/20 verkündet. Demnach darf der Asylantrag eines Minderjährigen nicht mit der Begründung abgelehnt werden, dass seinen Eltern bereits in einem anderen Mitgliedstaat (MS) internationaler Schutz zuerkannt worden ist. Der Art. 20 Abs. 3 der Dublin-III-Verordnung sei insoweit nicht analog auf diese Situation anwendbar, so der EuGH. Für die Prüfung des Antrags sei der andere MS nur zuständig, wenn die betreffenden Personen diesen Wunsch schriftlich kundgetan haben.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=263729&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10220093>

### **EuGH; Dublin-III-VO enthält Rechtsschutzmöglichkeit auch gegen Ablehnung eines Aufnahmegesuchs**

Der EuGH hat am 01.08.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-19/21 verkündet. Demnach ergibt sich unmittelbar aus der Dublin-III-Verordnung das Recht eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings auf Geltendmachung eines gerichtlichen Rechtsbehelfs gegen die Ablehnung seines Aufnahmegesuchs. Konkret folge die Rechtsbehelfsbefugnis aus Art. 27 Abs. 1 der Dublin-III-Verordnung. Dieser sei vor allem im Lichte der Charta der Grundrechte der EU (GRC) auszulegen. Die in der GRC enthaltene Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes im Falle einer Verletzung von Unionsrechten oder Freiheiten gebiete es, dass Asylbewerber über einen wirksamen Rechtsbehelf gegen die am Ende eines Verfahrens möglicherweise ergehende Überstellungsentscheidung verfügten. Im Umkehrschluss müsse einem unbegleiteten Minderjährigen auch das Recht zustehen, gegen eine Ablehnung eines Übernahmegesuchs gerichtlich vorgehen zu können. Für das Bestehen einer Rechtsschutzmöglichkeit dürfe es insoweit keinen Unterschied machen, ob eine Entscheidung zur Überstellung des minderjährigen Antragstellers ergangen ist oder der ersuchte Mitgliedstaat das Aufnahmegesuch abgelehnt hat.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=263731&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10219862>

### **EuGH; Kontrolle von Sea-Watch-Flotte nur bei hinreichendem Grund**

Der EuGH hat am 01.08.2022 sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-14/21 und C-15/21 verkündet. Demnach dürfen Schiffe humanitärer Organisation, die eine Rettung von Migranten auf See betreiben, vom Hafenstaat einer Kontrolle unterzogen werden. Voraussetzung sei jedoch, dass der Hafenstaat belastbare Anhaltspunkte für eine Gefahr für Gesundheit, Sicherheit, die Arbeitsbedingungen an Bord oder die

Umwelt darlegen könne. Um das Schiff festhalten zu können, sei sogar eine eindeutige Gefahr für die Sicherheit, die Gesundheit oder die Umwelt erforderlich, so der EuGH.  
<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=8789C97F6BA53C3BC8DC57008DAAAB23?text=&docid=263730&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10219545>

### **Kommission; Über 60.000 Tonnen lebensrettender Hilfe an die Ukraine**

Die Kommission hat am 11.08.2022 eine Pressemitteilung veröffentlicht, wonach die EU im Rahmen ihres Katastrophenschutzverfahrens die Bereitstellung von 66.224 Tonnen Sachhilfe für die Ukraine aus 30 Ländern koordiniert hat. Die Operation habe bisher ein geschätztes Finanzierungsvolumen von 425 Mio. EUR. Mithin handle es sich um die bis dato größte Operation im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens. Durch die Soforthilfe werde der enorme Druck auf die eigenen Notfallsysteme der Ukraine verringert. Am 15.02.2022 hatte die Ukraine das EU-Katastrophenschutzverfahren in Vorbereitung auf eine allgemeine Notsituation aktiviert. Im Fokus der konkreten Hilfeleistungen steht dabei das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC – Emergency Response Coordination Centre). In der täglichen Arbeit stehe das ERCC in engem Kontakt mit den ukrainischen Behörden, um Bedarfe zu ermitteln und die Krisenreaktion der EU zu koordinieren.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_4945](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4945)

### **Frontex; Zahl der Grenzübertritte am zentralen Mittelmeer gestiegen**

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 12.08.2022 aktuelle Zahlen zu irregulären Migrationsbewegungen veröffentlicht. Nach den vorläufigen Berechnungen habe es in den ersten sieben Monaten dieses Jahres etwa 155.090 irreguläre Einreisen in die EU gegeben. Dies entspricht laut Frontex einem Anstieg von 86% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Juli hätten die Mitgliedstaaten etwa 34.570 irreguläre Grenzübertritte zu verzeichnen gehabt, ein Plus von 63%. Besonders hoch sei der Migrationsdruck auf der zentralen Mittelmeerroute, was insbesondere Auswirkungen für ITL habe. Im Vergleich zum Vorjahr habe es auf der Route einen Zuwachs von 44% gegeben, was einer Zahl von 42.549 illegalen Grenzübertritten entspräche. Davon hätten allein im Juli dieses Jahres 14.800 irreguläre Grenzübertritte stattgefunden. Insbesondere konstatiert Frontex eine Zunahme von ägyptischen Staatsangehörigen auf der Route. Auf einem gleichbleibend hohen Niveau sei auch die illegale Migration über das östliche Mittelmeer geblieben. Von der Verdopplung der Zahlen 22.601 Aufdeckungen, sei insbesondere CYP betroffen. Im westlichen Mittelmeer habe es im Vergleich zum Vorjahr zwar einen leichten Rückgang gegeben, allerdings würden Schleusernetzwerke dort zunehmend Jet-Skis bei ruhigen Wetterbedingungen einsetzen. Die Hälfte aller Aufdeckungen sei auf der Westbalkanroute zu verzeichnen gewesen, so Frontex. Mit 70.770 illegalen Grenzübertritten habe sich die Zahl gegenüber 2021 nahezu verdreifacht. Die meisten Migranten auf dieser Route seien syrische, afghanische und türkische Staatsangehörige gewesen. An den östlichen Landegrenzen der EU hat Frontex mit 2.923 illegalen Grenzübertritten indes einen Rückgang von 32% verzeichnet. Die Personen auf dieser Route stammten vorwiegend aus der Ukraine, dem Irak und Belarus, so Frontex. Angespannt bleibe auch die Lage im Ärmelkanal. Insgesamt hätten im ersten Halbjahr 2022 28.000 Personen versucht, den Kanal in Richtung GBR zu überqueren, 55% mehr als im Vorjahr. Der dezidierte Anstieg auf dieser Route sei v.a. auf die guten Wetterbedingungen und mögliche Auswirkungen des neuen britischen Migrationsplans zurückzuführen, so Frontex.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-s-external-borders-in-july-increased-number-of-crossings-on-the-central-mediterranean-vCtsyr>

### **EUAA; Anstieg der asylbedingten Migration von Georgiern in die EU+**

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 19.08.2022 ihren neuesten Migrationsbericht über Georgien als Herkunftsland veröffentlicht. Darin kommt sie u.a. zu dem Ergebnis, dass georgische Staatsangehörige aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine vermehrt Asyl in der EU beantragen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine habe erhebliche wirtschaftliche und soziopolitische Auswirkungen auf Georgien. Aufgrund der Fluchtbewegung in Richtung Georgien sei es zu einem Anstieg bei der Nachfrage nach Wohnraum und bei den Mietpreisen gekommen. Die Mieten seien im Jahresvergleich um 101% gestiegen (Stand: Mai 2022). Auch mit einer hohen Inflation (13%) und einer hohen Arbeitslosenquote (19% im ersten Quartal 2022) habe Georgien zu kämpfen. All diese Umstände würden führten dazu, dass im ersten Quartal 2022 8.075 georgische Staatsangehörige in der EU+ (EU-Mitgliedstaaten und Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein) um Asyl nachgesucht hätten. Dies sei ein Anstieg von 183% im Vergleich zum Vorjahr. Darüber hinaus sei im gleichen Zeitraum 390 georgischen Staatsangehörigen in den EU+-Ländern ein vorübergehender Schutzstatus gewährt worden. Die meisten Antragstellungen habe es in FRA (2.725), DEU (2.455), ITL (1.100), IRL (420) und BEL (315) gegeben.

<https://euaa.europa.eu/news-events/russian-invasion-ukraine-prompts-surge-asylum-related-migration-georgians-eu>

### **Kommission; JI-Agenturen konsolidieren Unterstützung für Ukraine**

Die im Bereich Justiz und Inneres tätigen EU-Agenturen haben am 23.08.2022 ein gemeinsames Papier veröffentlicht, in dem sie ihre Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine konsolidieren. Die in dem Papier aufgeführten Maßnahmen reichen von der Hilfe bei der Aufklärung von Kriegsverbrechen über die Unterstützung der Behörden der meistbetroffenen Mitgliedstaaten sowie der ukrainischen und moldawischen Behörden bis hin zur Durchsetzung der EU-Sanktionen.

[https://frontex.europa.eu/assets/Images\\_News/2022/JOINT\\_PAPER\\_UA.pdf](https://frontex.europa.eu/assets/Images_News/2022/JOINT_PAPER_UA.pdf)

## Information, Kommunikation und Medien

### **EuG; Abweisung der Klage von RT France gegen EU-Sende-Verbot**

Die Große Kammer des Gerichts der Europäischen Union (EuG) hat am 27.07.2022 mit Urteil in der Rechtssache T-125/22 die Klage des russischen Staatssenders „RT France“ gegen das im Rahmen der EU-Sanktionen gegen Russland verhängte Sende-Verbot wegen des Vorwurfs der Kriegspropaganda zurückgewiesen. Das am 01.03.2022 beschlossene Sende-Verbot ist nach Ansicht des EuG nicht unionsrechtswidrig. Zunächst hat das EuG festgestellt, dass der Rat im Hinblick auf die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) über einen großen Spielraum bei der Festlegung des Ziels der restriktiven Maßnahmen, die die EU in diesem Bereich ergreift, verfügt. Es verneint sodann eine Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör; angesichts der Kriegssituation sei die Entscheidung des Rates dringlich gewesen. Er habe RT France nicht zuvor anhören müssen. Der Eingriff in die Meinungs- und Informationsfreiheit durch das Sende-Verbot hält das EuG für gerechtfertigt. Denn die Sanktionen sollen die öffentliche Sicherheit und Ordnung der EU schützen, die durch die systematische Desinformationskampagne Russlands bedroht sind. Zudem gehe es darum, Druck auf Russland auszuüben, die militärische Aggression gegen die Ukraine zu beenden. Es war die erste Entscheidung des EuG im sog. beschleunigten Verfahren.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-125/22>

### **„Wie gelingt die sozial-ökologische Transformation in unsicheren Zeiten?“- Abendveranstaltung**

Am 30.08.2022 fand auf Einladung der Industriegewerkschaft Metall mit Unterstützung der hessischen Landesvertretung in Brüssel eine Diskussionsrunde mit dem Titel „Wie gelingt die sozial-ökologische Transformation in unsicheren Zeiten?“ statt. Hierbei tauschten sich vor über 150 Gästen Jörg Hoffmann, erster Vorsitzender der IG-Metall, Kerstin Jorna, Generaldirektorin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, MdEP Hildegard Bentele (EVP/DEU) und MdEP Jens Geier (S&D/DEU) zu dem erforderlichen Initiativen der Politik im Hinblick auf den tiefgreifenden Wandel in der Industrie durch Dekarbonisierung, Digitalisierung und Stärkung der Resilienz aus. Die Podiumsdiskussion wurde von Björn Finke, Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, moderiert. Angesichts von Klimakrise, Corona-Pandemie, Angriffes auf die Ukraine und Lieferkettenschwierigkeiten sieht Hoffmann die große Herausforderung der Politik darin, Aktualitäten zu stemmen ohne Langzeitziele wie den Klimaschutz aus dem Auge zu verlieren. Jorna schließt sich diesem an und wendet ebenfalls ein, dass die Politik sicherstellen muss, dass Beschäftigte und Unternehmen nicht schon irreparable Schäden erleiden, bevor die „Brücke“ zur Krisenbewältigung gebaut wurde. In diesem Zusammenhang gingen Bentele und Geier auf verstärkte Beihilfemöglichkeiten, insbesondere auch auf das europäische Vorhaben „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI), ein. Hierbei stellten sie auf die Besonderheit der aktuellen politischen Situation ab und wiesen darauf hin, dass sich das IPCEI-Verfahren auch noch im Anfangsprozess befinde. Abschließend betonten die Diskussionsteilnehmer die Bedeutung eines globalen Auftretens der EU und des Aufbaus eines binnenmarktsinternen Austausch, sowohl in Bezug auf Rohstoffe und die damit verbundene Abhängigkeit von anderen Staaten, als auch hinsichtlich gemeinsamer europäischer Standards.

### **„Holz für Haus und Hof – Wie der Weg zu mehr Klimaschutz beim Bau gelingt“- Abendveranstaltung**

Am 31.08.2022 fand auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), eine Abendveranstaltung zum Thema „Holz für Haus und Hof – Wie der Weg zu mehr Klimaschutz beim Bau gelingt“ statt. Der Abend wurde von EU-Korrespondentin Katrin Pribyl moderiert. Nach einer Einführung durch Alexander Bonde, Generalsekretär der DBU, in der er vor allem auf die Klimakrise in Verbindung mit dem Bauwesen als ressourcen- und energieintensiven Bereich einging, erläuterte Prof. Dr. Hans Joachim Schellnhuber – ehemaliger Direktor des Potsdam-Instituts für Klimaforschung – mit Hilfe einer Präsentation die Vorteile, die ein Umschwung auf nicht nur nachhaltige, sondern auch langlebige Materialien im Bauwesen mit sich bringen könnte. Hierbei wies er darauf hin, dass es sich im Bauwesen um einen großen Sektor handelt, der theoretisch nicht nur klimaneutral, sondern sogar klimapositiv sein könnte. In diesem Zusammenhang ging Schellnhuber auf die EU-Initiative „Bauhaus der Erde“ ein, die sich mit einer Bauweise zu einer nachhaltigen, aber auch ästhetischen und sozialgerechten Bauweise befasst. In dem darauffolgenden Gespräch tauschten sich Bonde und Schellnhuber mit Sabine Djahanschah, Leiterin des DBU-Referats Architektur und Bauwesen, zu Holzhausprojekten und den damit verbundenen Genehmigungsproblemen bei Brandschutz und Planung aus. Dabei waren sich alle Diskutanten einig, dass mehr große Holzprojekte gestartet werden müssen, um einerseits zu zeigen, wozu die Bauindustrie heutzutage schon mit Holz in der Lage ist und andererseits, um einen essentiellen Schritt in Richtung eines digitalen,

biomassebasierten Rohstoffkreislaufs zu ermöglichen. Die fast 100 Diskussteilnehmer sahen in Holz eine der Antworten auf die großen Fragen der Klimaproblematik, bei der sich natürliche Lösungen mit digitaler Intelligenz in die Umwelt integrieren lassen.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Rat

06./07.09.2022	Informelle Ministertagung „Gesundheit“
09.09.2022	Euro-Gruppe
09.09.2022	Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie
09./10.09.2022	Informelle Ministertagung „Wirtschaft und Finanzen“
14.-16.09.2022	Informelle Ministertagung „Landwirtschaft und Fischerei“

### Europäische Kommission

07.09.2022	Paket Europäische Pflegestrategie, Vorschlag für Ratsempfehlungen zur Langzeitpflege, Vorschlag für Ratsempfehlungen für eine Revision der Barcelonaziele
13.09.2022	Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit Binnenmarkt-Notfallinstrument Europäischer Rechtsakt über die Widerstandsfähigkeit im Internet Europäischer Rechtsakt zur Medienfreiheit

### Europäisches Parlament

EP-Plenarsitzung vom 12. - 15.09.2022

Die Lage der Union (Grundsatzrede der Kommissionspräsidentin)  
Verordnung über Entwaldung  
Eine neue EU-Waldstrategie für 2030 – nachhaltige Waldbewirtschaftung in Europa  
Richtlinie über erneuerbare Energien  
Energieeffizienz (Neufassung)  
Was Europa ausmacht – Aussprache mit der Ministerpräsidentin Finnlands, Sanna Marin

Änderungsanträge zu der Eigenkapitalverordnung im Bereich der Abwicklung („Beteiligungsketten-Ansatz“)

Angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union

Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Erneuerte Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft – eine neue Agenda für den Mittelmeerraum

Die strategische Beziehung und Partnerschaft der EU mit dem Horn von Afrika

Einheitliche Verfahren für die Kontrolle von Gefahrguttransporten auf der Straße (kodifizierter Text)

Restrukturierung der Rahmenvorschriften der Union zur Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom (Neufassung)

Abschluss der Änderungen des Internationalen Zucker-Übereinkommens von 1992

Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Mauritius: Fangmöglichkeiten und finanzielle Gegenleistung 2017–2021. Verlängerung des Protokolls

Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2022: Einstellung des Haushaltsüberschusses 2021

Zwischenbericht über den Vorschlag 2021 für eine Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens

Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn

Die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2020 und 2021

Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 durch den Rat

Achter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU

Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 144 GO)

Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen

Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Regelungsbereich der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik (NAFO)

Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen für den Bereich des Übereinkommens über die Fischerei im westlichen und mittleren Pazifik

## Ausschuss der Regionen

Bis zum 22.09.2022 ist im AdR sitzungsfreie Zeit.

## Europäischer Gerichtshof

- 07.09.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-391/20 Boriss Cilevičs u.a.  
Lettisch als verpflichtende Unterrichtssprache an lettischen Hochschulen
- 07.09.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-624/20 Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid (Natur des Aufenthaltsrechts nach Artikel 20 AEUV)  
Aufenthaltsrecht des drittstaatsangehörigen Elternteils eines minderjährigen EU-Bürgers
- 07.09.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-38/21 BMW Bank, C-47/21 C. Bank und Bank D. K. und C-232/21 Volkswagen Bank und Audi Bank  
Widerruf von Autoleasing- bzw. –kreditvertrag
- 08.09.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-659/20 Ministerstvo životního prostředí (Hyazinth-Ara Papageien)  
Prüfungsumfang bei Ausnahmen vom Verbot des Handels mit geschützten Tieren
- 08.09.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-356/21 TP (Video-Editor für das öffentliche Fernsehen)  
Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung
- 13.09.2022 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-45/21 Banka Slovenije  
Bankenabwicklungsfinanzierung vor Einführung des einheitlichen Abwicklungsfonds
- 14.09.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-575/21 WertInvest Hotelbetrieb  
Neugestaltung des Heumarkt Areals im historischen Zentrum Wiens
- 15.09.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-705/20 Fossil (Gibraltar)  
Anrechnung ausländischer Steuern zur Vermeidung von Doppelbesteuerung – Beihilferechtliche Beurteilung
- 15.09.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-227/21 HA.EN.

Recht auf Vorsteuerabzug – Bekämpfung von Betrug und Missbrauch

15.09.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-18/21 Uniq  
Versicherungen  
Unterbrechung nationaler Verfahrensfristen wegen Covid-19 – Europäischer Zahlungsbefehl

15.09.2022 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den  
Rechtssachen C-396/21 FTI Touristik (Pauschalreise auf die Kanarischen Inseln) und C-407/21 UFC - Que choisir und CLCV  
Minderung bzw. Erstattung des Reisepreises wegen Covid-19-Pandemie

15.09.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der  
Rechtssache C-695/20 Fenix International  
Mehrwertsteuererhebung bei Online-Plattformen

### **Europäisches Gericht**

14.09.2022 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-604/18 Google  
und Alphabet / Kommission  
Google Android

14.09.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den  
verbundenen Rechtssachen T-260/21 E. Breuninger /  
Kommission und T-306/21 Falke / Kommission  
Deutsche Beihilfen für Unternehmen während der Covid-19-  
Pandemie

14.09.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der  
Rechtssache T-525/21 E. Breuninger / Kommission  
Deutsche Beihilferegulierung zum Ausgleich von Einbußen  
wegen des Lockdowns

14.09.2022 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der  
Rechtssache T-2/21 Emmentaler Switzerland / EUIPO  
(EMMENTALER)  
Markenstreit um Emmentaler

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 16.09.2022.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA